

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 5. Juli 2018

Zum Besuch des iranischen Präsidenten Rohani in der Schweiz

Taten müssen Aussagen bekräftigen

Die EDU fordert von der Schweizer Regierung, dass sie die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz gegenüber dem Iran nicht über die menschenrechtlichen Interessen stellt. Die iranische Regierung muss an den Schweizer Taten erkennen können, dass die Schweizer Regierung ihre Aussagen zu Menschenrechten und zur Anerkennung Israels ernst meint. Die Menschenrechtssituation im Iran bleibt dramatisch. Der Iran fördert gezielt militante Gruppierungen rund um und gegen Israel. Es darf nicht sein, dass die iranische Regierung die Schweiz mit wirtschaftlichen Angeboten letztlich lahm legt, wenn es um die Förderung der Menschenrechte und um den Einsatz für die Anerkennung Israels geht.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40